

Vormundschaftsverein lifeline und Kieler Landtagsfraktionen einig

Martin Link ist
Geschäftsführer im Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein in Kiel.



**Die Situation von unbegleiteten
Kinderflüchtlings in Schleswig-Holstein
entspricht nicht jugendgerechten Standards**

**Einer Anfrage des SSW
an die Landesregierung
war es zu verdanken,
dass das Innen-
ministerium Schleswig-
Holstein im September
mit einem ausführlichen
Bericht zur Situation
unbegleiteter minder-
jähriger Flüchtlinge
(LT-Drucksache 16/1622)
aufwartete.**

**Dies veranlasste den
schleswig-holsteinischen
Vormundschaftsverein für
jugendliche Flüchtlinge
– lifeline e.V. – sich noch
vor der Debatte über
den Bericht der Landes-
regierung im Kieler
Landtag im Oktober, mit
einer eigenen Stellung-
nahme an die Fraktionen
des Kieler Landtages zu
wenden.**

„Meines Erachtens lässt der Bericht nur einen Schluss zu: Die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in unserem Land entspricht nicht den Grundsätzen, die wir ansonsten an Kinder- und Jugendpolitik stellen.“ So eröffnete der Abgeordnete Lars Harms für den SSW die Landtagsdebatte am 11. Oktober 2007.

Diese Kritik empfindet lifeline z.B. bezüglich der Unterbringungspraxis des Landes für gerechtfertigt. Denn die landeseigenen Kasernen in Lübeck und Neumünster seien grundsätzlich keine den Jugendhilfestandards entsprechenden Unterkünfte im Sinne des § 42 SGB VIII. Tatsächlich würde bei vielen Jugendlichen unter 18 Jahren nach Einreise im Zuge unkoordinierter, aber im Ergebnis gleicher Jugendamtspraxis, kein Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen festgestellt und die Kinder in die Kasernenunterbringung zugewiesen, beklagt lifeline.

„Durch die unterschiedliche Handhabung der Jugendämter gibt es weder einen Überblick über die eingeleiteten Jugendhilfemaßnahmen noch über die Entwicklung des Aufenthaltsstatus.“ kritisiert die bündnisgrüne Abgeordnete Monika Heinold. Ein Zustand, der auch der CDU-Fraktion missfällt. „Ein einheitlicher Handlungsleitfaden für die Praxis dürfte dazu beitragen, eine bedarfsgerechte Unterbringung und Betreuung dieser Minderjährigen zu gewährleisten.“ überlegt der christdemokratische MdL Wilfried Wengler, „denn gerade bei minderjährigen Flüchtlingen muss ein Schwerpunkt der Anstrengungen auf zügigen und altersangemessenen Verfahren liegen.“

Jugendhilfebedarf liegt vor

Im Widerspruch zum Lagebericht der Landesregierung zeigen die Erfahrungen bei lifeline, dass Kinderflüchtlinge nicht wie Erwachsene behandelt werden sollten. Regelmäßig würden akute Ängste, Verlust der Familie und des gesamten sozialen Lebenszusammenhangs, Orientierungslosigkeit in der fremden Kultur und Sprache, ein Fluchttrauma und Gewalterfahrung, ein Mangel an Handlungskompetenz und fast immer ein noch nicht abgeschlossener Reifeprozess vorliegen. Daher liege aus Sicht des Vormundschaftsvereins bei diesen minderjährigen Flüchtlingen generell Jugendhilfebedarf vor.

Im Gegensatz zum Bericht der Landesregierung ist lifeline der Ansicht, dass mit der Einrichtung einer Zentralen Clearingstelle, wie auch vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfohlen, dem § 42 SGB VIII am besten entsprochen wäre. In der Praxis würden Kinderflüchtlinge in Schleswig-Holstein aber im Falle einer Inobhutnahme nur eine sehr schnelle Prüfung des Hilfebedarfs durchlaufen. Diese seien in keiner Weise auf die häufig physisch und psychisch stark belasteten Kinder und Jugendlichen ausgerichtet. Ein landesweit einheitlich durchgeführtes zielgruppenorientiertes Clearingverfahren sei indes eine unbedingt notwendige Grundlage für die Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Im Landesjugendhilfeausschuss äußerte „Zweifel an der wirtschaftlichen Auslastung“ einer Zentralen Clearingstelle erscheinen lifeline abwegig: Im Vordergrund sollten nicht die Wirtschaftlichkeit, sondern die Kinder- und Jugendfürsorge sowie die Menschenrechte stehen.

www.lifeline-frsh.de

Sind diese Jugendlichen erst einmal untergetaucht, haben sie auch keinen Zugang zu jeglicher Art von Hilfsangeboten und Unterstützung.

Untergetaucht und nicht dokumentiert

lifeline verweist in seiner Stellungnahme des Weiteren mit Besorgnis darauf, dass seit 2004 immer wieder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergetaucht sind. „Sind diese Jugendlichen erst einmal untergetaucht, haben sie auch keinen Zugang zu jeglicher Art von Hilfsangeboten und Unterstützung.“ sorgt sich auch Dr. Ekkehard Klug für die FDP-Fraktion. „Dieser Zustand ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.“

Um wie viele unbegleitete Kinder und jugendliche Flüchtlinge es sich tatsächlich handelt, bleibt im Bericht der Landesregierung unklar. Die genannten statistischen Daten sind durch unvollständige Angaben der Jugendämter belastet. „Die im Bericht aufgeführten Zahlen stammen teilweise aus der Erinnerung langjähriger Mitarbeiter der Ausländerbehörden. Einige Behörden konnten gar keine Zahlen zur Verfügung stellen.“ wundert sich MdL Ekkehard Klug. Lars Harms vermutet eine gezielte Strategie: „Werden gar keine Akten von den Kindern angelegt, weil die zuständigen Behörden sowieso nicht von rechtmäßigen Motiven der Kinder ausgehen? Der elementare Grundsatz behördlichen Vorgehens, nämlich der der Schriftlichkeit, gilt für diese spezielle Klientel offensichtlich nicht.“ Dieser Zustand mancherorts offenbar üblicher Unterlassung qualifizierter Datendokumentation sollte nach Meinung von *lifeline* umgehend durch

einen eindeutigen fachaufsichtlichen Erlass beendet werden.

Jugendliche in Abschiebungshaft

Verschiedene Landtagsabgordnete bemängelten, dass der Landesbericht die Anzahl der Jugendlichen, die im Jugendgefängnis Neumünster in Abschiebungshaft geraten, unerwähnt lässt. Diese unbegleiteten Minderjährigen wurden nach Kenntnis des Vormundschaftsvereins *lifeline* in der Vergangenheit dem zuständigen Jugendamt Neumünster nicht zur Inobhutnahme gemeldet. Es gab für sie kein Clearingverfahren, keine Regelung der gesetzlichen Vertretung (Vormund) und keinen Rechtsbeistand im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 37. Dieser Vorwurf geriet Innenminister Dr. Ralf Stegner im Landtag zum besonderen Anlass zur Kommentierung: „Das geht auch ein Stück gegen meine Ehre. Deswegen will ich das hier so deutlich sagen. ...In Schleswig-Holstein finden Sie nicht einen einzigen Fall, in dem ein Jugendlicher in Abschiebehaft genommen wird. Das ist nämlich die allerletzte und schlechteste Möglichkeit. Das passiert bei uns nicht.“ Für Gegenteiliges sei allein die Bundespolizei verantwortlich.

Diese Äußerung veranlasste *lifeline* am 25. Oktober zu einer weiteren Stellungnahme, in der verschiedene Einzelfälle von jugendlichen Klienten des Vereins, die in Haft geraten waren, dokumentiert sind.

Im Übrigen lasse laut *lifeline* die Position des Innenministers unberücksichtigt, dass die schleswig-holsteinischen Behörden für den Umgang mit sich hier aufhältigen Minderjährigen zumindest mit-verantwortlich seien. Das gelte z.B. für die Gerichte, die Jugendämter, die Justizvollzugsanstalt und nicht zuletzt für die Ausländerbehörden.

Mit Blick auf die geteilten Verantwortlichkeiten bemängelte auch die Bundespolizei in einem Schreiben an *lifeline* im November 2006 den Status Quo bzgl. in Abschiebungshaft genommener jugendlicher Flüchtlinge: „Als grundsätzlich verbesserungsbedürftig sehe ich aufgrund fehlender verbindlicher Regelungen die Unterrichtung und Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden hinsichtlich der unmittelbaren Inobhutnahme der betroffenen Minderjährigen. Dies folgt insbesondere aus dem Umstand, dass eine ‚rund um die Uhr‘-Besetzung bei den Jugendämtern nicht besteht.“

Eigentlich könnte der Gefahr einer Inhaftierung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen regelmäßig durch großzügige Bleiberechtserteilung begegnet werden, findet SPD-MdL Klaus-Peter Puls und bittet die Landesregierung, „von ihrer fachaufsichtlichen Zuständigkeit gegenüber den Ausländerbehörden - das hat der Minister ja auch zugesagt - in einer Weise Gebrauch zu machen, die generell gewährleistet, dass in Schleswig-Holstein die besonderen Interessen und Bedürfnisse der schutzbedürftigen jungen Leute, die sich ohne Eltern bei uns aufhalten, tatsächlich und praktisch bestmöglich berücksichtigt werden.“

Der Landtag hat den Bericht der Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss federführend und mitberatend dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen. Der Vormundschaftsverein *lifeline* ist zwischenzeitlich um schriftliche Stellungnahme bis spätestens 14. Dezember 2007 gebeten worden.

lifeline 
Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.